

Verband Deutscher Studentenschaften · 53 Bonn · Postfach

5300 Bonn  
Postfach  
Kaiserstraße 71  
Telefon (02221) 63 16 25 - 28  
Cable Studverband Bonn

An alle  
ASten

# AKTIONEN GEGEN DIE BERUFSVERBOTE AM 19.9.1973

Ihre Nachricht vom

Ihr Zeichen

Unser Zeichen  
Ki/-

Datum  
8.9.73

Betr.: Aktionen gegen die Berufsverbote anlässlich der Tagung der  
Ministerpräsidenten am 20.9. in Bonn

RUNDBRIEF NR. 40  
=====  
(Fortsetzung v. Rundbr. 38)

Liebe Freunde und Genossen,

auf der 2. Arbeitskonferenz der Initiative "Weg mit den Berufsverboten", der mittlerweile ungefähr 90 Bürgerinitiativen und Aktionskomitees angehören, sind örtliche und regionale Informationsveranstaltungen anlässlich der Tagung der Ministerpräsidenten beschlossen worden.

DIE INITIATIVE RUFT ALLE ÖRTLICHEN BÜRGERINITIATIVEN UND AKTIONSKOMITEES GEGEN DIE BERUFSVERBOTE AUF:

ORGANISIERT AM 19.9.1973 IN ALLEN STÄDTEN AKTIONEN ANLÄSSLICH DER  
TAGUNG DER MINISTERPRÄSIDENTEN!

Die Initiative fordert auf, am Vorabend der Tagung der Ministerpräsidenten (am 19.9.), durch Infostände, Podiumsdiskussionen, Flugblattaktionen und Unterschriftenlisten die Bevölkerung vor den Betrieben, in Stadtzentren und in den Hochschulen über die verfassungswidrigen Berufsverbote zu informieren und zur Unterstützung der Arbeit der Komitees zur Aufhebung der Ministerpräsidentenbeschlüsse aufzufordern.

Bereits in den nächsten Tagen finden eine Reihe von Veranstaltungen und Podiumsdiskussionen der örtlichen Initiativen statt. So werden in der nächsten Woche z.B. in Bonn, Köln und Düsseldorf Veranstaltungen unter breiter gewerkschaftlicher Beteiligung durchgeführt werden. So hat z.B. der Gesamt-Vertrauensleute Körper der Stadt Ratingen bei Düsseldorf an Ministerpräsident Kühn einen Brief geschickt, in dem die Aufhebung der Ministerpräsidentenbeschlüsse gefordert wird.

In den letzten Tagen sind neue Komitees gegründet worden: so haben Bürgerinitiativen unter breiter gewerkschaftlicher und politischer Beteiligung ihre Arbeit in Lingen/Ems und Hannover aufgenommen.

Gerade in dieser Situation geht es vor allem darum, durch die Arbeit der örtlichen Bürgerinitiativen und Berufsverbotekomitees die gewachsene Stärke und Breite der Bewegung für die Aufhebung der Ministerpräsidentenbeschlüsse deutlich zu machen.

DER VDS RUFT ALLE ASTEN AUF: UNTERSTÜTZT DIE AKTIONEN DER ÖRTLICHEN INITIATIVEN, FORDERT DIE HOCHSCHULANGEHÖRIGEN ZUR ZUR TEILNAHME UND SOLIDARISIERUNG IM KAMPF FÜR DIE AUFHEBUNG DER BERUFSVERBOTE AUF!

ORGANISIERE AKTIONEN, SPRECHT VERTRAUENSLEUTE UND GEWERKSCHAFTER AN EUREM ORT AN.

Nutzt die bereits vorhandenen Möglichkeiten für breitere Information. So hat die Bielefelder-Bürgerinitiative die "sozialliberale Wählerinitiative" wieder reaktiviert und sie zur Unterstützung aufgefordert.

INFORMIERT VOR ALLEM DIE ÖRTLICHE PRESSE ÜBER EURE AKTIVITÄTEN UND NEUE BERUFSVERBOTSFÄLLE, BZW. SICHER ABZEICHNENDE FÄLLE

Gerade eine frühzeitige Reaktion auf zu erwartende Fälle hatte die Situation der Betroffenen verbessern können.

Sprecht Hochschulangehörige an, ANZEIGEN IN DEN LOKAL-ZEITUNGEN zu unterstützen. Gerade die letzten Erfahrungen bei der sich steigernden Hetze auch sich liberal bezeichnender überregionaler Zeitungen haben gezeigt, daß vielfach in Lokal-Zeitungen eine objektivere und konkrete Darstellung vor allem örtlicher Fälle möglich ist.

VERFASST DOKUMENTATIONEN ÜBER ÖRTLICHE FÄLLE UND AKTIVITÄTEN UND SCHICKT SIE UNS ZU UNTERSTÜTZT DIE ARBEIT DES ARBEITSAUSSCHUSSES DER INITIATIVE "WEG MIT DEN BERUFSVERBOTEN" DURCH UMFANGREICHE INFORMATION ÜBER EURE AKTIVITÄTEN

Liebe Freunde und Genossen,

Mit diesem Rundbrief erhaltet ihr wichtige Materialien zur Unterstützung eurer Aktivitäten:

1. Ein Ex. des neuen Zeitungsflugblatts der Initiative. Dieses Flugblatt kann in Massenaufgabe beider Initiative (p.a. Ingrid Kurz) bestellt werden.
2. Die aus technischen Gründen nicht mit Rundbrief Nr. 38 versandte Dokumentation des NRW-Justizministeriums zur relevanten Rechtsprechung über die Berufsverbote. Studiert diese Dokumentation sorgfältig, denn sie bietet gutes Material für die juristische Argumentation.
3. Materialien zum sie abzeichnenden neuen Fall eines Berufsverbots an der Universität Bonn. Dort hat die Uni-Verwaltung den Dipl.-Psychologen Hans Hermsen (DKP-Mitglied) ein Inquisitionsverfahren unterworfen und die Anstellung mit dem Hinweis auf DKP-Mitgliedschaft verweigert.
  - gemeinsame Erklärung von Jusos, Judos, ESG, SHB, NSB, DKP, LHV, AStA, Doktoranden-Sprecherrat und BdWi
  - ein RCDS-Flugblatt mit offen faschistischer Argumentation mit der "Aufforderung an die Studenten, aktiv für Berufsverbote einzutreten"
  - Dokumentation des AStA Uni Bonn zum Fall Hermsen (begrenzte Auflage), die vor allem auf die inhaltlichen Aspekte eingeht.

4. Auszug aus der GEW-Zeitung "Erziehung und Wissenschaft" September 1973 zum Berufsverbotsfall des SPD-Mitglieds Kordatzki aus Bayern, der vor allem aufgrund der Begründung ein "klassisches" Ausmaß erreicht.

Gerade in der augenblicklichen Phase der Auseinandersetzung ist es notwendig, durch massenhaftes Auftreten und Information unsere Forderung nach ERSATZLOSER AUFHEBUNG DER VERFASSUNGSWIDRIGEN UND UNDEMOKRATISCHEN MINISTERPRÄSIDENTENBESCHLÜSSE ZU PROPAGIEREN.

Mit freundlichen Grüßen

DER VORSTAND DES VDS

Gerhard Kiehm  
Reinhard Pfeifer  
Ottmar Schreiner  
Harald Stappmanns  
Peter Wahl

Zur Erinnerung: Dies ist der offene Brief, den die unterzeichneten Organisationen der umseitigen Erklärung am 30.8.73 veröffentlichten.

Magnifizenz!

Wie Berichten verschiedener hochschulpolitischer Organisationen zu entnehmen ist, wird an der Bonner Universität ein Einstellungsverfahren neuerdings praktiziert, das die Würde eines jeden Wissenschaftlers und eines jeden Demokraten verletzt!

Diesen Berichten zufolge ist vom Rektorat aus in dem Fall der Einstellung des Dipl.-Psychologen Hans Hermsen, der aufgrund seiner wissenschaftlichen Qualifikation vom Institutsrat des psych. Instituts zur Einstellung empfohlen wurde, eine Sonderbefragung über dessen politische Haltung durchgeführt wurde.

Wir weisen darauf hin, daß wir aus prinzipiellen Erwägungen herau die Einstellung von Wissenschaftlern an der Universität seit langem an die Ergebnisse eines öffentlichen Verfahrens binden möchten, dessen Ergebnisse Studenten, nichtwissenschaftliche Mitarbeiter und Lehrkräfte paritätisch zu entscheiden haben.

Die vom Rektorat jetzt durchgeführte politische Inquisition ist ein Bruch demokratischer Prinzipien. Ein Verfahren, wie es von der Universität jetzt angewandt worden ist, stellt die Wissenschaftlichkeit der ganzen Universität und die Ernsthaftigkeit des Anspruchs nach Wissenschaftspluralismus in Frage.

Die unterzeichnenden Organisationen, die an anderer Stelle schon gegen den Ministerpräsidentenbeschuß vom 28.1.72 (Berufsverbots-erlaß) protestiert haben, sehen sich dazu veranlaßt, auch schärfstens dagegen zu protestieren, daß an der Bonner Universität die grundgesetzwidrigen Praktiken der Berufsverbote durch die Spitze der Bonner Universität etabliert werden sollen. Wenn, wie im angesprochenen Fall, auf dem Wege einer inquisitorischen Befragung durch die Universität die mögliche Mitgliedschaft eines Bewerbers in der Deutschen Kommunistischen Partei den Ausschlag über seine Einstellung in den Lehrdienst an der Universität geben soll, und in der Befragung die angenommene Mitgliedschaft in dieser Partei als Indiz für die Verfassungswidrigkeit des Bewerbers gewertet wird, wirft dies ein bezeichnendes Licht auf die Qualifikation der Inquisitoren selbst!

Mit solchen Verfahren wird der Gesinnungsschnüffelei, der Bespitzelung und der Denunziation Vorschub geleistet. Es wird ein Klima geschaffen, in dem jedem engagierten Demokraten die Soge um seine Stellung aufgezwungen wird.

Die Gesinnungsschnüffelei, die jetzt an der Bonner Universität bekannt geworden ist, ist ein ernster Eingriff in die demokratischen Rechte, ist ein ernster Eingriff in die Freiheit der Wissenschaft, der auf den schärfsten Protest aller engagierten Demokraten stoßen muß!

Die unterzeichnenden Organisationen fordern Sie auf, die vom AstA gestellten Fragen bis Montag, den 3. September zu beantworten.

Wir fordern die Bonner Universität auf:

- Sich ausdrücklich für die Einstellung des vom Inquisitionsverfahren Betroffenen einzusetzen,
- zu erklären, daß die Universität nicht bereit ist, Spitzeldienste für die Kultusbürokratie zu leisten,
- nachdrücklich zu versichern, daß in Zukunft keine Sonderverfahren für Bewerber gelten, sondern daß für die Einstellung eines Bewerbers die wissenschaftliche Qualifikation ausschlaggebend ist.

# GEMEINSAME ERKLÄRUNG

Jungsozialisten, UB Bonn  
Jungdemokraten, Kreis Bonn  
Evangelische Studentengemeinde, Bonn  
Allgemeiner Studentenausschuß, Uni  
Sozialdemokratischer Hochschulbund, Uni

MSB SPARTAKUS, Uni  
Doktorandensprecherrat  
DKP Hochschulgruppe, Uni  
Bund demokratischer Wissenschaftler  
Liberaler Hochschulverband, Uni Bonn

Am 30.8. forderten die unterzeichnenden Organisationen den Rektor der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in einem Offenen Brief auf,  
→ sich ausdrücklich für die Einstellung des vom Inquisitionsverfahren betroffenen Hans Hermsen einzusetzen,  
→ zu erklären, daß die Universität nicht bereit ist, Spitzeldienste für die Kultusbürokratie zu leisten,  
→ nachdrücklich zu versichern, daß in Zukunft keine Sonderverfahren mehr für Bewerber gelten, sondern daß für die Einstellung eines Bewerbers die wissenschaftliche Qualifikation ausschlaggebend ist.

Außerdem forderten die unterzeichnenden Organisationen den Rektor auf, die vom AStA gestellten Fragen bis zum Montag, dem 3.9. - also gestern - zu beantworten. Der Rektor hat dies nicht für nötig gehalten.

Das ist umso unverständlicher, als Vertreter sozialdemokratischer, liberaler, außer- und inneruniversitärer Organisationen gemeinsam gegen das Verhalten und Vorgehen des Rektors schärfstens protestiert haben.

Die unterzeichnenden Organisationen haben sich daraufhin bemüht, einen Gesprächstermin mit dem Rektor für heute, Dienstag, dem 4.9., zu vereinbaren. Einen solchen Termin lehnte der Rektor ab.

Wir gehen davon aus, daß die Bonner Öffentlichkeit, insbesondere die universitäre Öffentlichkeit, ein Recht auf die Antwort des Rektors haben.

Weiterhin sind wir der Ansicht, daß der Rektor verpflichtet ist, der Öffentlichkeit gegenüber Rechenschaft abzulegen, insbesondere dann, wenn er Maßnahmen ergreift, die einen Bruch demokratischer Prinzipien darstellen, und die geeignet sind, an der Universität ein Klima der Denunziation und Gesinnungsschnüffelei zu schaffen.

Das vom Rektorat angewandte Inquisitionsverfahren gegen einen fortschrittlichen Wissenschaftler ist die rechtswidrige Übernahme der verfassungswidrigen Berufsverbote an die Universität.

Die Universität ist eine gesellschaftliche Einrichtung, die jederzeit der Öffentlichkeit gegenüber rechenschaftspflichtig sein muß. Dies gilt insbesondere für die Universitätsleitung dann, wenn sie wie im Fall des Kollegen Hermsen ohne jeglichen Auftrag und unter Verletzung demokratischer Prinzipien dazu beiträgt, daß die Wissenschaftlichkeit der Universität durch die administrative Unterdrückung der marxistischen Wissenschaft in Frage gestellt wird.

Die unterzeichnenden Organisationen haben dem Rektorat die Fragen gestellt, damit sie beantwortet werden. Die Organisationen verlangen vom Rektorat Auskunft!

Deshalb werden sie heute um 14<sup>00</sup> Uhr den Rektor aufsuchen, um damit dazu beizutragen, daß die Diskussion über das Inquisitionsverfahren, wie es jetzt von der Universitätsleitung praktiziert wird, in die Öffentlichkeit hineingetragen wird!

Abschrift

R C D S r e p o r t

Mit begrüßenswerter Eindeutigkeit hat der Rektor die vom Psychologischen Institut vorgeschlagene Berufung des Ex-SP-Mitgliedes Hans Hermsen - damals Spartakus AMS - zum Verwalter einer Assistentenstelle abgelehnt. Sowohl in rechtlicher als auch in politischer Hinsicht hat sich der Rektor dabei einwandfrei verhalten. Dies ist umso bemerkenswerter, als der Rektor in der Vergangenheit gelegentlich den Eindruck erweckte, kein Rückgrat zu haben, und seine Entscheidungen oftmals nur stauendes Kopfschütteln hervorrufen konnten. Nachdem wir derart in der Vergangenheit mehrfach Kritik am Rektor geübt haben, wollen wir es nicht versäumen, ihm für seine Entscheidung im Falle Hermsen den aufrichtigen Dank aller Demokraten abzustatten.

D e r k o n k r e t e F a l l H e r m s e n

Unter Angabe der Gruppenzugehörigkeit "Spartakus AMS" kandidierte Hans Hermsen für das 9. Bonner Studentenparlament. Schon aus Anlaß seiner Kandidatur ließ er keinen Zweifel an seiner reaktionär-kommunistischen, freiheitfeindlichen Haltung erkennen. Ganz im Stil des sattsam bekannten unwissenschaftlichen Brimboriums schrieb er, daß Wissenschaft nicht etwa frei sein, sondern viel mehr "objektiven Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung, ... Klasseninteressen ... (und) Befreiungskampf" sich verbunden wissen sollte. Im Studentenparlament verhielt sich Hermsen zwar ruhig, ließ jedoch keine zur verfassungsfeindlichen Haltung des Spartakus abweichende Meinung erkennen. Jetzt begehrt Hermsen die Einstellung in den öffentlichen Dienst. In durch den Staat materiell abgesicherter Stellung läßt sich's munter gegen den Staat vorgehen.

Nach Bekanntwerden der Spartakus-Vergangenheit Hermsen war es Dienstpflicht des Rektors, sich ein Bild über die Eignung des Bewerbers zu machen, insbesondere ob er jederzeit (in und außer Dienst) aktiv für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten werde. Die Frage nach einer Mitgliedschaft in der DKP, einer Nachfolgeorganisation der verbotenen KPD, verneinte Hermsen zweimal. Auf eine Belehrung hin weigerte er sich, die Frage zu beantworten. Ein zu aller Verfassungsfeindlichkeit auch noch bekennnistmütiger Kommunist? Kein Wunder, daß der MSB Spartakus solche Verleugnungen zuerst verschweigt und nun verschämt und wenig überzeugend dementiert.

F ü r d i e s t r e i t b a r e , w e h r h a f t e

D e m o k r a t i e !



## R e c h t l i c h e   W ü r d i g u n g

Vorläufig steht als gesicherte Erkenntnis nur fest, daß Hermsen Mitglied im Spartakus war und seine Politik billigte und aktiv unterstützte. Kann daraus geschlossen werden, daß sein jederzeitiges aktives Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung bezweifelt werden muß? Nach Aussagen des ersten (und hoffentlich letzten) DKP-AStA-Chefs Thiée ist der vom Spartakus angestrebte Sozialismus in der DDR verwirklicht. Diese angestrebte Gesellschaftsordnung ist mit wesentlichen Bestandteilen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung (Verbot der Willkürherrschaft, Rechtsstaatlichkeit, Gewährleistung des Selbstbestimmungsrechts in Freiheit und Gleichheit, Achtung vor den Menschenrechten, Gewaltenteilung, Mehrparteienprinzip, Recht auf Opposition; dieser Katalog ohne Anspruch auf Vollständigkeit) grundsätzlich unvereinbar. Die Billigung und Vertretung der Ansichten des Spartakus begründet also ganz erhebliche Zweifel, ob Hermsen jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten wird. Sofern es ihm nicht gelingt, diese Zweifel zu beseitigen, wozu seine Haltung bei der Besprechung im Rektorat nicht angetan ist, darf er daher nicht in den öffentlichen Dienst eingestellt werden.

## P o l i t i s c h e   W ü r d i g u n g

Der konzentrierte Angriff von Verfassungsfeinden auf den öffentlichen Dienst, das "Bestreben" den öffentlichen Dienst zum Truppenübungsplatz der Extremisten bei ihrem Marsch durch die Institutionen" (Landespräsident Wilhelm Lenz in der Landtagsdebatte am 22. August 1973) weiden zu lassen, stellt die grundsätzliche Frage nach dem Selbstverständnis der Bundesrepublik: Ist sie ein liberaler Nachwächterstaat, der den erklärten Feinden der Freiheit zur Disposition steht, mehr noch, der ihnen widerstandslos alle Freiheiten zur Beseitigung der Freiheit an die Hand gibt? Oder ist sie eine streitbare, wehrhafte Demokratie, die verfassungskonform und rechtsstaatlich den Feinden der Freiheit den Freiheitsraum nimmt, damit die Freiheit für alle nicht vernichtet wird (vgl. dazu die Ausführungen des Ministers Willi Weyer in der Landtagsdebatte am 22. August 1973)? Diese Frage hat das Grundgesetz - nach schmerzlichen Erfahrungen in der Weimarer Republik - eindeutig beantwortet. In Verfolgung dieser Grundentscheidung gilt es nun für alle, die diesen Staat bejahen und demokratisch fortentwickeln wollen, gegen die grundsätzlichen Feinde der Freiheit und der Demokratie Front zu machen. Es ist an der Zeit, daß Demokraten Flagge zeigen.

## W i e   g e h t   e s   w e i t e r   ?

Die Akte Hermsen liegt nun beim zuständigen Minister. Der RCDS und alle Demokraten dieser Universität, dieser Stadt und dieses Landes erwarten, daß Johannes Rau sich in diesem Falle eindeutiger und konsequenter verhalten wird, als es uns jüngst der Justizminister im Fall Goetz vorgeführt hat.

Erziehung u. Wissenschaft  
9/73

## Eskalation

### SPD-Lehrer aus dem Schuldienst entlassen

Die Regierung von Niederbayern hat den 27jährigen Lehrer Reinhard Kordatzki – seit einem Jahr Volksschullehrer im niederbayrischen Patersdorf – aus dem Schuldienst entlassen. Das allzeit parate Zauberwort „Verfassungsfeind“ war auch hier der bekannte Allzweckknüppel aus dem Sack.

Der „Fall“ Kordatzki ist zur Überprüfung eines solchen inzwischen geläufigen Berufsverbotsvorganges besonders aufschlußreich und alarmierend. Denn wenn sich bisher wohl nicht wenige fälschlich damit beruhigten, daß es sich ja „schließlich um Kommunisten“ handele, so müssen sie sich von der Regierung Niederbayerns über die weitere Eskalation der Berufsverbotspolitik belehren lassen: Der aus dem Schuldienst gewiesene Kollege Kordatzki ist Mitglied der SPD.

Also war der – in jedem Fall unzulässige – quasi automatische Befund „Verfassungsfeind“ in diesem Fall selbst in Niederbayern (vorerst) nicht möglich. Folglich mußte man auf andere Delikte sinnen, um Kordatzki in die Wüste zu schicken. Man sann – und fand:

1. „Vor dem Hause Nr. 171 in Auerkiel, in dem Kordatzki seit 18. 9. 1972 wohnt“, so Patersdorfs Bürgermeister schriftlich ans Schulamt des Landkreises Regen, sei „die rote Fahne ausgehängt“. (Kordatzki hat sie übrigens nicht mal selbst ausgehängt, er wohnt nur in diesem Haus. Aber dies nur nebenbei.)

2. Außerdem, petzte der Bürgermeister weiter, werde in Kordatzkis Klasse kein Schulgebet gesprochen.

Mit derlei „Delikten“ hatte sich Kordatzki hinreichend verdächtig gemacht. Der Verfassungsschutz übernahm, und eruierte prompt:

3. Kordatzki habe vor Jahren während seines Studiums in München bei den „Roten Zellen“ mitgearbeitet.

Für Niederbayerns Regierung schloß sich damit die „Beweis“-Kette. Daß SPD-Mitglied Kordatzki „entgegen seiner Behauptung“ (!) seine damalige Einstellung nicht geändert habe, werde dadurch deutlich, daß er „freiwillig“ in einem Haus mit roter Fahne wohne – und daß er in der Schule nicht mehr bete. Die „Ehrfurcht vor Gott“ aber, so interpretierte die Regierung auf ihre ganz spezielle Art die Verfassung, gehöre zu den „obersten Bildungs- und Erziehungszielen“. Wer dies nicht anerkenne, sei ein Verfassungsfeind. Und Reinhard Kordatzki wurde entlassen.

Willkürliche, mißbräuchliche Berufung auf die Verfassung also, um unbequeme Leute auszuschalten. Eskalation der Berufsverbote hinein in die Mitgliedschaft der SPD.

Engagierte, tatsächlich verfassungstreue Kritiker des Ministerpräsidentenerlasses hatten von Anfang an darauf hingewiesen, daß es schon einmal anfangs „nur“ Kommunisten, sehr bald aber auch Sozialdemokraten und schließlich überhaupt unliebsame, kritische Leute getroffen hat. Schon einmal: Das war 1933.

P. S.: Wer sich damit beruhigen möchte, hier handele es sich „nur um einen Einzelfall“, sei an Regierungsdirektor Stender von der Regierung Mittelfranken verwiesen. Als sich die aus dem Dienst entlassene Lehrerin Ingelore Priesing (DKP) in ihrer Argumentation auf August Bebel berief, beschied Stender: August Bebel sei kein Demokrat gewesen und müsse heute als Verfassungsfeind gelten. Über August Bebel, den Vorsitzenden der Sozialdemokraten im Kaiserreich, schreibt Willy Brandt derzeit ein Buch. Der Kanzler trägt bis heute August Bebels goldene Uhr.

P. A.